

**Antrag an Bundesparteitag - Religionspolitische Grundsätze der Partei DIE
LINKE**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 17. April 2015

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, folgenden Antrag zu übernehmen und an den Bundesparteitag einzureichen.
- Politische Botschaft:** DIE LINKE. Sachsen bringt sich in die Debatte um die Religionspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE ein.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** Versendung an Parteivorstand
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 1 dagegen: 11 Enthaltungen: 2 **abgelehnt**

F.d.R.

Dresden, 17. April 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Die Zeit für eine konsequente Trennung von Staat und Religionen in der Bundesrepublik Deutschland ist gekommen.

Religionspolitische Grundsätze der Partei DIE LINKE

Vorbemerkung:

In ihrem Programm spricht sich DIE LINKE für eine “notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche” und für den Laizismus aus (IV.2.19). Der folgende Antrag dient der Präzisierung dieser Position indem er konkrete politische Forderungen aus diesen Grundgedanken ableitet. DIE LINKE kann sich somit als DIE laizistische politische Kraft in unserem Land positionieren und Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten aufgreifen.

Laizismus – eine aktuelle Idee progressiver sozialistischer Politik.

Unser Verständnis von Laizismus ist kein formales oder äußerliches. Wir wollen vielmehr, dass der Staat und seine Strukturen eine eindeutige bewusste Distanz zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wahren und somit nicht nur eine weitgehende Religionsfreiheit sondern auch eine umfassende “Freiheit der Religionslosigkeit” garantieren. Dies ist in einer Gesellschaft in der die Konfessionslosen inzwischen die “größte Konfession” bilden und immer mehr Menschen mit verschiedensten religiösen und nichtreligiösen Hintergründen einwandern unabdingbar. Die konsequente Laizisierung ist für uns ein wichtiges Mittel für den Abbau von Diskriminierungen (unter anderem auch von Konfessionslosen) und für eine Integration von Migrantinnen und Migranten. Die laizistische Verfasstheit unseres Staates würde den weltanschaulichen (religiösen und nichtreligiösen) Pluralismus am ehesten garantieren. Die von uns angestrebten Reformen sind eine klare Absage an religiöse (und andere weltanschauliche) Ansprüche der Gesellschaft, exklusive Regeln und nur aus dem eigenen eng ausgelegtem Traditionsgut basierende Werte, auf Kosten von Selbstbestimmung und persönlicher Freiheit der Einzelnen aufoktroyieren. Somit ist auch ein klares Stoppsignal an religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker gesetzt!

Für die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften!

In der Bundesrepublik Deutschland besteht in einer Reihe von Bereichen unangemessene Verflechtung von einigen Religionsgemeinschaften (vor allem christlichen Großkirchen) und staatlicher Strukturen. DIE LINKE strebt an, diese Verbindungen schrittweise und in einem demokratischen Prozess zu überwinden.

DIE LINKE setzt sich für Verfassungsänderungen in Bezug auf das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften ein. Wir wollen eine Bundesrepublik, die sich explizit und konsequent als säkularer laizistischer Staat versteht. Auch in den Bundesländern wirken wir auf entsprechende grundsätzliche Änderungen hin.

Wir setzen uns dafür ein, alle Formen von direkter und indirekter staatlicher Finanzierung von ausgewählten Religionsgemeinschaften zu beenden. Entsprechende Verträge auf den verschiedenen Ebenen sollen auslaufen oder idealer Weise im Einvernehmen mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zeitnah und zügig gekündigt werden. Jegliche staatliche Finanzierung von Verwaltungsaufgaben von Kirchen und Religionsgemeinschaften und der Wahrnehmung priesterlicher und geistlich-betreuender Aufgaben muss beendet werden. Der staatliche Einzug der Kirchensteuern ist einzustellen. Bis zum Ende der staatlichen Finanzierung fordert die DIE LINKE die Herstellung der vollen für alle Bürgerinnen und Bürger transparenten finanziellen Durchsichtigkeit von Kirchen und Religionsgemeinschaften mit denen Staatsverträge oder sonstige Zuwendungsvereinbarungen bestehen.

[Erläuterung (nicht Bestandteil des Antrages):

Die direkte Finanzierung der Kirchen ergibt sich aus Staatsleistungen, die seit dem sogenannten Reichsdeputationshauptschluss von 1803 an die Kirchen gezahlt werden. Ursprünglich sollten diese Zahlungen Entschädigungsleistungen sein, nachdem kirchliches Eigentum, vor allem Grund und Boden, säkularisiert worden war. Nicht zuletzt ist es seit der Weimarer Verfassung von 1919 ein Verfassungsauftrag, diese Zahlungen einzustellen. Jedoch wurde bisher nie ernsthaft versucht, diesen Auftrag zu erfüllen.]

Die Diskriminierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sozialen, medizinischen und sonstigen Einrichtungen der Kirchen und ihrer Unterorganisationen aus weltanschaulichen Gründen und aus Gründen einer nicht konformen Lebensweise muss durch entsprechende Gesetzgebung beendet werden. Ausnahmen können nur im Bereich von religiösen Dienstleistungen bzw. in Bezug auf religiöse Spezialist_innen (Priester_innen) gelten. Gewerkschaftliche Organisation von Mitarbeiter_innen und das Streikrecht muss voll gewährleistet sein.

Schwüre und Bekenntnisse, die offiziellen Charakter haben und im Zusammenhang mit der Übernahme von öffentlichen Ämtern stehen, müssen sich auf die Verfassung, nicht auf religiöse Werte beziehen.

Die staatlich sanktionierten Aktivitäten von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Bundeswehr, Polizei und vergleichbaren Einrichtungen sind einzustellen. Die religiöse Betreuung von Soldat_innen und Polizist_innen kann nur außerhalb ihrer Diensteinrichtungen und außerhalb der Dienstzeit erfolgen und ist kein Teil der staatlichen Aufgaben.

Der Zugang von religiösen Spezialist_innen (Priester_innen und anderen geistlich-religiösen Bezugspersonen) zu Orten des Strafvollzugs ist neu zu regeln ohne dass bestimmten Religionsgemeinschaften daraus Privilegien erwachsen. Im Gegenzug ist die qualifizierte psychologische Betreuung von Strafgefangenen deutlich zu erweitern und zu qualifizieren.

Wir setzen uns für den Abbau der Überrepräsentanz offizieller Vertreter_innen christlicher Großkirchen und ihrer Unterorganisationen in den Rundfunkräten/Landesrundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten ein. Hierzu streben wir eine Neukonzeption der gesellschaftlichen Aufsicht der Medien an, die Vertreter_innen von formellen und informellen zivilgesellschaftlichen Strukturen einbezieht und demokratisch gewählt wird. Eine Übertragung von religiösen Events und Gottesdiensten in den öffentlich-rechtlichen Medien soll vergleichbar der Übertragung anderer wichtiger Ereignisse auf wenige besondere Anlässe beschränkt bleiben.

Alle Formen eines staatlichen "Sektenbeauftragtenwesens" sind illegitim. Gegenstand staatlicher Eingriffe auf dem Gebiet der Religionsgemeinschaften können nur strafrechtlich relevante Tatbestände sein. Aussteiger_innen aus Religionsgemeinschaften muss weltanschaulich neutrale psychologische Unterstützung zur Verfügung stehen.

Menschen, die aus Kirchen austreten dürfen keine Kosten (Verwaltungsgebühren u. ä.) auferlegt werden. Wir fordern einen sofortigen Stopp dieser Praxis.

Für die Entflechtung von Religionsgemeinschaften und staatlichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen!

DIE LINKE tritt für die Umwandlung Theologischer Fakultäten und Institute staatlicher Universitäten und Hochschulen in weltanschaulich neutrale (Religions- und Kulturwissenschaftliche, historische und andere verwandte) Bildungsstrukturen ein, die losgelöst von den Großkirchen bestehen. Vorstellbar wäre analog zu jüdischen Studien oder Islamwissenschaft, Institute zu etablieren und Studiengänge einzuführen, die sich auf die weltanschaulich offene Erforschung des Christentums und der Kirchengeschichte orientieren. Grundsätzlich können Nachfolgeeinrichtungen religiöser theologischer Institute auch als (weltanschaulich neutrale) Zentren für interreligiösen und interkonfessionellen Dialog profiliert werden. Ebenso ist eine Ausgliederung in nicht subventionierte Bildungseinrichtungen in Trägerschaft der Kirchen und

Religionsgemeinschaften zu ermöglichen. Zentren für islamische und jüdische Theologie können und müssen übergangsweise außerhalb staatlicher Hochschulen staatlich gefördert werden. In der Bundesrepublik ist aus historischen Gründen, ein außerordentliches Ungleichgewicht und eine massive Benachteiligung des Judentums und des Islams im Hochschulbereich entstanden. Wir sehen den Staat in der Pflicht, im Zuge der Laizisierung für "vergleichbare Startbedingungen" zu sorgen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, jeglichen Religionsunterricht in staatlichen und in allen durch öffentliche Mittel unterstützten freien und privaten Schulen einzustellen und durch eine entsprechende weltanschaulich neutrale bzw. offene Unterrichtsform zu ersetzen. In freien und privaten Schulen können fakultativ und außerhalb der staatlichen Finanzierung, religiöse Angebote unterbreitet werden. Eine Aufnahme dieses Angebotes in Zeugnissen und Beurteilungen muss unterbleiben. Die Freiwilligkeit der Teilnahme muss vor allem für Schülerinnen und Schüler voll gewährleistet sein. Religiöse Rituale in Kitas bzw. Kindergärten, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden sollen nicht mehr zulässig sein.

Aus öffentlichen Mitteln finanzierte oder mitfinanzierte Bildungseinrichtungen jeder Ebene haben auf religiöse Symbolik, die exklusiven und verpflichtenden Bekenntnischarakter haben, zu verzichten. Dies berührt nicht das Recht einzelner Personen aus Gründen individueller Überzeugung religiösen Symbole und Kleidung zu tragen (Ordenstracht, islamisches oder christlich-orthodoxes Kopftuch etc.). Die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am Schulunterricht darf nicht durch religiöse Begründungen (der Eltern) eingeschränkt werden. In dieser Hinsicht darf die (insgesamt zu liberalisierende bzw. zu modifizierende) Schulpflicht nicht angetastet werden.

Für ein großes Bündnis für Laizität!

Gemeinsam mit Menschen, mit und ohne konfessioneller Zugehörigkeit, mit oder ohne religiösem Bekenntnis steht die Partei DIE LINKE für eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften. Die direkte und indirekte staatliche Finanzierung einiger christlicher Großkirchen ist nicht mehr zeitgemäß und in verschiedener Hinsicht ungerecht. Konfessionslose werden dadurch ebenso diskriminiert, wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Kirchen. Wir wollen, dass sich dies grundsätzlich ändert. Der Staat hat religiös neutral zu sein, so dass Religion und Religionslosigkeit Privatsache sein kann! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Religionsgemeinschaften sollen alle Rechte haben, die Menschen in anderen Arbeitsverhältnissen haben!

Wir distanzieren uns klar von jenem kämpferischen Atheismus, der im 20. Jahrhundert zu schwersten Repressionen und Religionsverfolgungen in vielen Teilen der Welt geführt hat. In einer gerechten und solidarischen Gesellschaft kann und darf es keine Diskriminierung auf Grund religiöser Überzeugungen geben. Wir unterstützen dabei ganz klar jene Positionen innerhalb und außerhalb der Religionsgemeinschaften, die auf die Selbstbestimmung der Menschen zielen und jede Diskriminierung auf Grund von Geschlecht oder Lebensweise zurückweisen. Wir wertschätzen soziales Engagement aus verschiedenen weltanschaulichen Motiven. Eine Vielzahl von Standpunkten und Praxen ist möglich und unser Ansatz zielt auf die Gewährleistung eines breiten Pluralismus.

Einer Islam“kritik“ im Sinne von Pegida, als Artikulation von rassistischen Stereotypen, treten wir ebenso entgegen, wie allen anderen Formen von religiös motivierter Menschenfeindlichkeit und Gewalt! Eine fortschrittliche Religionskritik dagegen, die im Übrigen keine Frage atheistischer oder religiöser Überzeugung ist, kann und muss in unserer Gesellschaft ebenso ihren Platz haben wie der notwendige interreligiöse bzw. weltanschauungsübergreifende Dialog. Wir bekämpfen fanatische Militanz, die sich in Formen von Frauen- und Kinderunterdrückung und Homophobie oder auch im religiös oder sonst wie begründeten Antisemitismus zeigt. Die Verfolgung und Vernichtung religiöser Minderheiten ist ein schreckliches Verbrechen und wir setzen uns für Verhältnisse ein, die solches Geschehen unmöglich machen!

Wir sehen in einer konsequenten Laizität eine Möglichkeit unsere Gesellschaft in einer fortschrittlichen Weise weiterzuentwickeln und rückwärtsgerichtete Kräfte zu bekämpfen. Wir rufen Menschen aller weltanschaulichen Positionen und religiösen Bekenntnisse auf gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen!